



Niederschrift

über die Sitzung

**des Beirates für die Belange von Menschen mit
Behinderungen**

am 17.03.2016

Anwesend

- Vorsitz

Wallbrecher, Ursula

- Verwaltung

Ebner, Gabriele

- Mitglieder

Boos-Waidosch, Marita

Böhme, Christine

Jaensch, Ruth

Jera, Klaus (Vertretung für Herrn Jordan)

Kubica, Ellen

Laubenstein, Sandra (Vertretung für Herrn Thiele-Elsner)

Lossen-Geißler, Eleonore Dr. (Vertretung für Frau Egler)

Merkator, Kurt

Neger, Thomas

Schweizer, Johannes

- beratende Mitglieder

Hauschild, Petra

Ramb, Magdalena

- Schriftführung

Wepler, Susan

- Gäste

Christian Kron, Stadtverwaltung

Andreas Schnell, Stadtverwaltung

Burkard Elfers, Planungsbüro Bierbaum-Aichele

Entschuldigt fehlen

- Verwaltung

Hensel, Claus

- Mitglieder

Egler, Nora

Reimann, Hermann

Schweinfurth, Wolfgang

Siebner, Claudia

Steitz, Georg

Thiele-Elsner, Thomas

- beratende Mitglieder

Gerhardt, Christiane

Gutsch, Katharina

Schwarzweiler, Bernd

Skipalski, Klaus (Vertretung für Herrn Schwarzweiler)

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Vorstellung Projekt "Bahnhofstraße"
2. Vorstellung der Zusammenfassung und Empfehlungen Modellprojekt nach § 14a AGSGB XII
3. Bericht über die Mitnahme von E-Scootern in Bussen
4. Antrag
 - 4.1. Wiederaufnahme der Volkshochschule Mainz in die vergünstigten Angebote des bestehenden Sozialausweises.
 - 4.2. Zugang zur Kupferbergterrasse
 - 4.3. Bereitstellung von Mitteln zur Begleitung der Erstellung des kommunalen Aktionsplans
5. Sachstandsberichte
 - 5.1. Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 0964/2015, Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung
 - 5.2. Sachstandsbericht zu Antrag 0636/2015 des Beirates für Belange von Menschen mit Behinderungen
6. Bericht aus den AKs
7. Einwohnerfragestunde
8. Verschiedenes
 - 8.1. Planungen zum Aktionstag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen
 - 8.2. Termine

Die Vorsitzende Frau Wallbrecher eröffnet um 16:40 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **Vorstellung Projekt "Bahnhofstraße"**

Herr Dipl. Ingenieur Burkard Elfers vom Planungsbüro Bierbaum-Aichele stellt die Planungen für die Neugestaltung der Bahnhofstraße vor. Der Vorentwurf sei das Ergebnis eines Ideenwettbewerbs. Die Umbaumaßnahmen erstrecken sich von der Bahnhofstraße bis zum Schillerplatz. Ziel der Umgestaltung am Münsterplatz sei, unter anderem den Engpass für die Fußgänger zu entschärfen. Am Münsterplatz soll eine Premiumhaltestelle entstehen, an der mehrere Busse gleichzeitig halten können. Die Haltestelle soll überdacht werden und mit einer Toilettenanlage, einschließlich einem Behinderten-WC, versehen werden. Herr Elfers schildert, dass auch daran gedacht werde, dort vielleicht auch einen Kiosk unterzubringen. Für den ÖPNV wird es einen Funktionsbereich geben. Getrennt davon wird für die Fußgänger ein Boulevard geplant, auf dem diese sich ungestört vom Verkehr aufhalten können. Die beiden Bereiche werden taktil, durch unterschiedliche Beläge und durch Kontraste, auch für Sehbehinderte und Blinde voneinander unterscheidbar sein. Herr Elfers hebt hervor, dass bei der Umgestaltung die Barrierefreiheit im größtmöglichen Umfang berücksichtigt werde; für Rollstuhlfahrerinnen und –fahrer genauso wie für Sehbehinderte und Blinde. In einigen Bereichen müssen Regelungen beachtet werden, die z. B. eine komplette Null-Absenkung nicht zulassen. Die Baumaßnahmen sollen auch dazu genutzt werden, von Seiten der Straße die Zugänglichkeit der Geschäfte zu ermöglichen.

Die Haltestellen der Mittleren und Hinteren Bleiche sollen ebenfalls im Zuge der Maßnahmen barrierefrei gestaltet werden.

Damit der ÖPNV nicht behindert wird, wird eine „Ladestraße“ geschaffen, in der Fahrzeuge be- und entladen werden können. Die Fahrradfahrer und –fahrerinnen werden in den Fußgängerbereich integriert.

Herr Elfers berichtet, dass man derzeit noch im Abstimmungsprozess sei und es noch zu Änderungen kommen könne. Mit der Umgestaltung der Bahnhofstraße gehen auch Erneuerungsmaßnahmen der Versorgungsleitungen einher, die es mit sich bringen, dass Bäume gefällt werden müssen. Gefällte Bäume sollen aber ersetzt werden. Mitte dieses Jahres soll der Entwurf genehmigungsfertig sein. Der derzeit geplante Baubeginn soll voraussichtlich nach Fastnacht '17 sein.

Aus der Mitte des Beirates wird Besorgnis über die gemeinsame Nutzung von Rad- und Fußwegen geäußert. Gerade ein abgetrennter Radweg würde die Radfahrer zur Raserei verleiten. Herr Elfers berichtet, dass mit einem Schild darauf hingewiesen werden soll, dass Fußgänger und Radfahrer frei sind. Das bedeute, dass beide Seiten aufeinander Rücksicht nehmen müssten.

Frau Boos-Waidosch bedauert, dass nicht komplett barrierefrei gestaltet werden kann, betont aber die Wichtigkeit der barrierefreien Querungen. Ebenso ist sie erfreut über die Herstellung der Barrierefreiheit bei den Zugängen zu den Geschäften.

Punkt 2

Vorstellung der Zusammenfassung und Empfehlungen Modellprojekt nach § 14a AGSGB XII

Frau Ebner erklärt, dass der zentrale Punkt dieses Modellprojektes die Eingliederungshilfe ist. Zu Beginn wurden die individuellen und personenzentrierten Möglichkeiten überprüft. Es wurde die Abwägung zwischen ambulant vor stationär getroffen. Zusätzlich wurde überprüft, wie die Menschen mit Behinderungen in Mainz versorgt sind. Die Personen mit psychischen Behinderungen wurden nicht berücksichtigt, da diese schon durch ein vorhandenes ambulantes Netz gut versorgt werden. Frau Ebner schildert, dass durch die Eltern von Kinder mit körperlichen oder geistigen Behinderungen, die nach Heimplätzen fragten, die Anregung kam, u. a. den Wohnungsbedarf von Menschen mit Behinderungen zu überprüfen. Ein Fachdienst wurde eingerichtet, der die Bedarfe im Gespräch mit den Menschen mit Behinderungen erfasst. Für die Eltern von Kindern mit Behinderungen wurde ein Forum eingerichtet, das zum Austausch untereinander dienen soll. Dieses wird von ca. 60 Eltern genutzt. Frau Ebner berichtet von der Beobachtung, dass Menschen mit Behinderungen stationär untergebracht waren, aber von ihrem Können her auch in der Lage wären, selbstbestimmt leben zu können. Es wurde eine Schnupper-WG geschaffen, die mit drei ständigen Bewohnern besetzt ist und die Möglichkeit für eine Person bietet, das selbstbestimmte Leben für 14 Tage zu erproben. Bisher haben 15 Personen mit Behinderungen dieses Angebot in Anspruch genommen. Frau Ebner stellt fest, dass der Fachdienst sehr wichtig sei, da er neutral beraten könne und bei Problemen zwischen Assistenznehmern und den Anbietern vermitteln könne. Insgesamt habe sich herausgestellt, dass die ambulante gegenüber der stationären Unterbringung billiger sei. Es wird betont, dass die individuellen Bedarfe berücksichtigt werden müssten und nicht immer ambulant vor stationär gelten könne.

Die Quintessenz des Modellprojektes sei positiv. Die Menschen mit Behinderung fanden auch Unterstützung u. a. bei der Wohnungssuche und der Fachdienst habe gute Erfahrungen gemacht. Frau Ebner betont, dass man mit mehr Personal noch bessere Arbeit leisten könne. Herr Merkator betont ebenfalls, wenn das Projekt weiterlaufen solle, dann wäre eine Aufstockung der Personaldecke dringend nötig.

Aus der Mitte des Beirates wird die Frage gestellt, ob das persönliche Budget noch eine Rolle spiele: Bisher sei es oft vergeben worden, aber dann hätten die Assistenznehmer mit den Anbietern Abtretungserklärungen unterschreiben und es würde als Sachleistung gehandhabt. Frau Ebner erklärt, dass die Zahl des persönlichen Budgets rückläufig sei, aber es werde immer noch vergeben. Sie schildert ebenfalls die Beobachtung von der Praxis der Abtretungserklärungen. Es folgt der Vorschlag, ob es möglich sei, dem Assistenznehmer einen Verwalter zur Seite zu stellen. Frau Ebner antwortet, es sei kompliziert und vom Einzelfall abhängig.

Punkt 3

Bericht über die Mitnahme von E-Scootern in Bussen

Der Landesbeauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen Herr Rösch berichtet, dass die Mitnahme von E-Scootern ein bundesweites Problem sei und viele Personen damit befasst wären.

Auf Grund eines Gutachtens der STUVA in Köln werden die E-Scooter von der Mitnahme in Bussen ausgeschlossen. Laut des Gutachtens bestehe bei E-Scootern in Bussen Kippgefahr. Nach einem Gerichtsurteil des OLG Schleswig-Holstein verstieße der pauschale Ausschluss der E-Scooter gegen das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. E-Scooter werden von Personen genutzt, die in der Regel gehbehindert sind. Die Krankenkassen übernehmen auch die Finanzierung.

Ein weiteres Gutachten schlägt vor, E-Scooter mitzunehmen, wenn sie nicht länger als 1,20 m sind und ein Gesamtgewicht mit der Person von 300 kg haben. Die E-Scooter sollten längs der Fahrtrichtung an einer Prallplatte aufgestellt werden. Die Nutzer sollten einen Schwerbehinder-

tenausweis besitzen. Fahrer von Bussen und Nutzer von E-Scootern sollten geschult werden. Diese Empfehlung werde bisher nicht umgesetzt, so Herr Rösch, die VDV sei dagegen. Ein drittes Gutachten sei in Auftrag gegeben worden. Bis dahin werden auch bei der MVG keine E-Scooter mitgenommen. Er berichtet, dass gegen den Ausschluss geklagt werde. Im April soll es wieder ein Treffen mit den Behindertenbeauftragten und den Verantwortlichen geben. Aus Koblenz, Ludwigshafen und Mainz werde Handlungsbedarf gemeldet. Herr Rösch hofft auf eine baldige Lösung, da einige Betroffene u. a. mit E-Scootern zur Arbeit fahren. Unwissenheit und Unsicherheit stellen auch einen Teil des Problems dar, so Herr Rösch. Insgesamt hofft er auf eine bundesweite Gesetzesregelung.

Frau Boos-Waidosch äußert Unverständnis für den Generalausschluss der MVG. Sie schildert, sie habe die Unterstützung des Verkehrsdezernats und des gesamten Rathauses in dieser Sache. Sie plädiert für eine Übergangslösung in Mainz, bis eine bundesweite Regelung gefunden wurde. Aus der Mitte des Beirats wird vorgeschlagen mehrgleisig zu fahren und auch die Hersteller und Entwickler der E-Scooter ins „Boot“ zu holen. Die Vorsitzende äußert den Vorschlag, die Verantwortlichen der MVG zu einem Gespräch in den AK „Barrierefrei + Kultur“ einzuladen.

Punkt 4 **Antrag**

Punkt 4.1 **Wiederaufnahme der Volkshochschule Mainz in die vergünstigten Angebote des bestehenden Sozialausweises.** **Vorlage: 0277/2016**

Der Antrag wird durch die Vorsitzende verlesen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 4.2 **Zugang zur Kupferbergterrasse** **Vorlage: 0319/2016**

Der Antrag wird durch die Vorsitzende verlesen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 4.3 **Bereitstellung von Mitteln zur Begleitung der Erstellung des kommunalen Aktionsplans** **Vorlage: 0501/2016**

Der Antrag wird als Tischvorlage verteilt und verlesen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 5 **Sachstandsberichte**

Punkt 5.1 **Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 0964/2015, Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung hier: Leitsystem für Blinde und Sehbehinderte zur Volkshochschule Mainz** **Vorlage: 1820/2015**

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5.2 **Sachstandsbericht zu Antrag 0636/2015 des Beirates für Belange von Menschen mit Behinderungen**
Vorlage: 0355/2016

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 **Bericht aus den AKs**

Die Vorsitzende berichtet, dass sich die beiden AKs „Barrierefreies Mainz“ und „Kultur“ nun zu „Barrierefreies Mainz + Kultur“ zusammen geschlossen haben. Die Zusammenarbeit funktioniert gut. Herr Schweinfurth, Koordinator des AK „Barrierefrei“, habe sich aus gesundheitlichen Gründen für ein Jahr aus der Koordination zurückgezogen. Herr Jera übernehme dies nun.

Frau Kubica berichtet, dass in den Sitzungen des AK „Soziale Leistungen, Bildung und Beruf“ die VHS als Ort der inklusiven Erwachsenenbildung Thema war.

Punkt 7 **Einwohnerfragestunde**

Es waren keine Einwohner anwesend.

Punkt 8 **Verschiedenes**

Punkt 8.1 **Planungen zum Aktionstag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen**

Frau Boos-Waidosch teilt mit, dass der diesjährige Aktionstag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 03.05. stattfindet. Der Aktionstag findet unter dem Thema „Kultur für alle“ statt. Auf dem Leichhof sollen verschiedene Thementische aufgestellt werden, an denen Vertreter verschiedener Behinderungen für Fragen zur Verfügung stehen.

Punkt 8.2 **Termine**

Die Vorsitzende gibt eine Übersicht über die nächsten Termine:

08.04. Inklusionsmesse im Rathaus

12.04. findet um 16:30, Zimmer 268 der nächste Workshop des Beirates statt.

14.6. ist die nächste Sitzung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

gez.
Ursula Wallbrecher
(Vorsitzende)

gez.
Susan Wepler
(Schriftführung)